

Niederschrift PLBUA/X/29

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 30.11.2023 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Der Ausschussvorsitzende

Feldmann, Heinrich 1. stellvertretender Vorsitzender

Die Ausschussmitglieder

Abbenhaus, Berthold
Eimers, Alfred
Fleige-Völker, Josefa
Gerwing, Thorsten
Gövert, Hermann-Josef
Meinert, Alexander
Söller, Hubertus
Weber, Winfried
Wolbert, Heinrich sachkundiger Bürger

Von der Verwaltung

Wiesmann, Raphael Fachbereichsleiter
Croner, Wolfgang Fachbereichsleiter
Goldbeck, Ronja Klimaanpassungsmanagerin
Schlüter, Stephanie Sachbearbeiterin
Vilain, Sylvia Sachbearbeiterin
Schöberle, Diana Schriftführerin

Als Gast zu TOP 4 ö.S.

Gesing, Jürgen Firma Wenker & Gesing

Als Gast zu TOP 5 ö.S.

Paysen, Simon energielenker-Gruppe

Als Gast zu TOP 6 ö.S.

Gorsler, Ludgera Bezirksregierung Münster
Hartmann, Niels Bezirksregierung Münster

Tagesordnung

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter*innen der Verwaltung, Herrn Eggemann von der Allgemeinen Zeitung, die Gäste, sowie die anwesenden Einwohner*innen.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 21. November 2023 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO (1. Teil)

2.1 Sachstand verschiedener Wirtschaftswegemaßnahmen - Herr Abbenhaus

Ausschussmitglied Abbenhaus erläutert, dass im Frühjahr bei der Wirtschaftswegebereitigung verschiedene Straßenverkehrsprojekte vorgestellt worden seien für dieses Jahr. Stellvertretend für die CDU-Fraktion stellt er die Frage, wie der aktuelle Sachstand sei und ob der Kostenrahmen gepasst habe.

Fachbereichsleiter Wiesmann antwortet, es sei einiges gemacht worden an den Wirtschaftswegen. Maßnahmen, welche von der Zeelink im Bereich Brock/Schlee/Hegerort in Holtwick durchgeführt werden mussten, seien bereits abgeschlossen. Die Arbeiten hätten stattgefunden und die Abnahme sei erfolgt. Von der Bezirksregierung Münster habe man Fördermittel für vier Wirtschaftswegabschnitte akquirieren können. Diese Maßnahmen seien gerade in vollem Gange. Teilweise seien die Maßnahmen schon umgesetzt und teilweise noch in Bearbeitung. Die Herstellung der Bankette stehe noch aus. Witterungsbedingt müsse man warten, sonst sei diese nicht standfest und werde direkt wieder kaputtgefahren. Dementsprechend sei noch keine Rechnungstellung und Bauabnahme erfolgt. Man hoffe darauf, spätestens Anfang nächsten Jahres bei besserem Wetter die Maßnahmen fortzuführen.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Es gibt keinen Berichtsbedarf.

**4 Lärmaktionsplanung für die Gemeinde Rosendahl (Stufe 4)
Vorstellung des Berichtsentwurfs durch Herrn Gesing, Büro Wenker & Gesing
Akustik und Immissionsschutz GmbH
Vorlage: X/440**

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann verweist auf die Sitzungsvorlage X/440 und erläutert diese.

Im Anschluss erteilt er Herrn Gesing vom Büro Wenker & Gesing das Wort. Herr Gesing stellt die Ansätze für eine Lärmaktionsplanung für die Gemeinde Rosendahl anhand einer PowerPoint Präsentation vor (siehe **Anlage I**).

Ausschussmitglied Abbenhaus erkundigt sich, ob die Gemeinde in Bezug auf die Sanierung der B474 in Holtwick verpflichtet sei, Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen.

Herr Gesing antwortet, die Gemeinde könne dazu nicht verpflichtet werden, da es keine gemeindliche Straße sei. Dies sei die Aufgabe des Straßenbaulastträgers Straßen.NRW, welcher vorher beteiligt und um Stellungnahme gebeten werde, ob Mittel zur Verfügung stehen. Davon sei es abhängig, ob und ggf. in welchem Rahmen Maßnahmen umgesetzt werden.

Ausschussmitglied Weber fragt, warum die B 474, welche auch durch Höven führe, in diesem Bereich nicht mit aufgeführt sei.

Herr Gesing antwortet, sie sei aufgeführt. Von den Betroffenen sei Höven auch berücksichtigt. Alle Wohngebäude, die entlang der kartierten Straße liegen, seien mit berücksichtigt. Deutlich höhere Auswirkungen seien allerdings im Bereich der Ortsdurchfahrt Holtwick zu verzeichnen, weshalb die Lärmaktionsplanung dort schwerpunktmäßig erfolge.

Ausschussmitglied Weber gibt an, von Herrn Gesing sei in seiner Präsentation unter anderem auch ausgeführt worden, dass keine Personen an Herzkrankheiten leiden. Er erkundigt sich, wie man das wissen könne, wenn keine Befragung durchgeführt wurde.

Herr Gesing antwortet, die Erkenntnisse entstammten reinen Statistikdaten.

Ausschussmitglied Weber erkundigt sich, welche Maßnahmen welche Effekte erzielen. Er wisse, dass zwei Maßnahmen einen sehr starken Wirkungsgrad haben könnten. Dies sei zum einen der Flüsterasphalt und zum zweiten die Reduzierung auf 30 km/h.

Ausschussmitglied Weber betont, es sei von Straßen.NRW immer gesagt worden, es werde keine 30er Zone bei der Bundesstraße 474 geben. Er fragt, ob man über das Thema Lärm darauf drängen könne, dass eine 30er Zone eingerichtet werde.

Herr Gesing antwortet, diese Wirkung könne man erst dann erzielen, wenn die Straße in der Substanz wesentlich geändert werde. Dies hänge von Straßen.NRW ab.

Ausschussmitglied Meinert stellt die Frage, ob Straßenbäume Auswirkungen auf Lärm haben.

Herr Gesing verneint diese Frage.

Ausschussmitglied Meinert fragt die Verwaltung, ob Beschwerden bekannt seien zum Thema Lärmbelastung an der Straße.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dass Beschwerden nicht bekannt seien. Ein Anwohner habe sich gemeldet und angekündigt, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eine Stellungnahme abzugeben. Ob Maßnahmen, die den Straßenlauf betreffen, zu Veränderungen führen, sei dahingestellt. Grundstücke seien in ihrer Lage nicht veränderbar, der Standort der Häuser sei ebenfalls nicht veränderbar.

Das Thema Geschwindigkeit müsse man realistisch betrachten. Tatsache sei, dass es in Holtwick keine Ortsumgehung gebe. Dies sei quasi die Ortsdurchfahrt, welche auch zusätzlich als Ausweichstrecke genutzt werde, wenn es auf der A31 Probleme gebe. Ihm persönlich fehle der Glaube, dass das Thema Tempo 30 von Straßen.NRW befürwortet werde.

Ausschussmitglied Mensing stellt fest, dass die Statistik bei der B 474 laut Herrn Gesing besage, dass diese von ca. 3 Millionen Autos im Jahr befahren werde. Der Aktionsplan der Bundesregierung sehe vor, mehr elektrische Fahrzeuge auf die Straße zu bringen. Er stellt die Frage, ob es statistisch gesehen möglich sei, von 3 Millionen auf 2 Millionen Fahrzeuge zu kommen, wenn der Anteil der elektrisch betriebenen Fahrzeuge zunehme.

Herr Gesing antwortet, die Frequenz werde sich eventuell nicht großartig ändern, aber E-Autos würden tendenziell mehr und dadurch werde es leiser innerorts.

Ausschussmitglied Abbenhaus erläutert, wenn man Flüsterasphalt auf der B 474 in Holtwick innerorts einbaue, würde das eine Reduzierung von 2,5 Dezibel bringen. Das bedeute, die Werte würden von 55 Dezibel auf etwa 52 runter gehen. Er fragt, ob dies hörbar sei.

Herr Gesing antwortet, dies müsse man nachmessen. Es hänge von der Geschwindigkeit ab. Die Merkbarkeit lege bei 1 bis 3 Dezibel und dies nehme man schon wahr.

Ausschussmitglied Abbenhaus fragt, ob die Gemeinde den Wunsch äußern könne, dass bei der Sanierung Flüsterasphalt eingebaut werde.

Herr Gesing antwortet, der Straßenbaulastträger müsse abwägen, ob sich der Einbau lohne. Eine Anregung sei sicherlich möglich.

Im Anschluss fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Der Berichtsentwurf wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 Projektvorstellung "Erstellung eines nachhaltigen Klimaanpassungskonzeptes" und Vorstellung der ersten Ergebnisse aus der Bestandsanalyse durch energielenker

Klimaanpassungsmanagerin Frau Goldbeck stellt das Projekt „Erstellung eines nachhaltigen Klimaanpassungskonzeptes“ anhand einer Power Point Präsentation vor. Im Anschluss stellt Herr Paysen, Mitarbeiter der energielenker die ersten Ergebnisse aus der Bestandsanalyse ebenfalls per Power Point Präsentation vor.

Ausschussmitglied Weber gibt an, ihn habe bei dem Vortrag irritiert, dass das Thema Starkregenereignisse nicht aufgegriffen worden sei. Daher stellt er die Frage, wie verlässlich vorhandene Aussagen in Berichten seien.

Herr Paysen antwortet, die Verlässlichkeit der Starkregenkarten sei gegeben. Diese Karten gäben erst einmal Aufschluss darüber, wo gefährdete Bereiche seien. Es mache Sinn, zu schauen, ob man da Maßnahmen umsetzen könne, die kostengünstiger seien.

Er sehe diese Karten im Rahmen des Konzeptes als sinnvoll an.

Ausschussmitglied Weber gibt an, in der Bauleitplanung gebe es doch schon konkrete Maßnahmen, die verpflichtend seien.

Herr Paysen erläutert noch einmal den Sinn der Karten.

Ausschussmitglied Abbenhaus stellt die Frage an Frau Goldbeck, ob ihre Arbeit darin bestehe, jede bauliche Maßnahme, die durchgeführt werden soll, klimatisch zu betrachten.

Klimaanpassungsmanagerin Goldbeck antwortet, es gehe erst einmal um die Konzepterstellung. Aus der Bestandsanalyse heraus würden Maßnahmen für Rosendahl entwickelt.

Ausschussmitglied Weber sagt, dass das Thema Verkehr auch nicht angesprochen worden sei und erkundigt sich, ob es dafür einen Grund gebe.

Herr Paysen antwortet, man konzentriere sich auf die Handlungsfelder, die relevant seien. In ländlichen Kommunen könne man das Thema Verkehr zurückstellen. Hier sehe man unter anderem die Landwirtschaft als prioritäres Handlungsfeld.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann bedankt sich bei Herrn Paysen und Frau Goldbeck für deren Ausführungen und verabschiedet sie.

6 Bericht der Flurbereinigungsbehörde zum Umsetzungsstand "Wirtschaftswegbau" im Ortsteil Darfeld

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann erteilt Frau Gorsler und Herrn Hartmann von der Flurbereinigungsbehörde der Bezirksregierung Münster das Wort.

Ausschussmitglied Eimers erkundigt sich nach der Forderung auf Verzicht des Hohlwegausbaus der Gemeinde.

Herr Hartmann antwortet, die Info sei, wenn man noch Mittel bekommen sollte, dann würden diese nicht für den Hohlweg eingesetzt.

Ausschussmitglied Eimers fragt außerdem, warum auf ein Stück Wirtschaftsweg bei Leiwering-Evers in Darfeld verzichtet werde.

Herr Hartmann antwortet, das Ziel bei diesem Hof sei es, den Wirtschaftsweg nicht mehr über die Hoffläche laufen zu lassen. Insgesamt habe man die Info vom Eigentümer, dass dieser Bereich entfallen könne. Es gebe da auch eine gewisse Wasserproblematik den Berg herunter und man müsse überlegen, was man mit dem Wasser machen könne, das unten ankommt. Eine Überlegung sei, eventuelle Rückhaltebecken anzulegen. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde sei man dabei, eine Lösung für diesen Bereich zu finden.

Ausschussmitglied Mensing erkundigt sich, ob die Mittelbereitstellung von zusätzlichen 400.000 Euro durch das Land NRW ein Verfallsdatum habe.

Herr Hartmann antwortet, dies sei ihm nicht bekannt. Nach seinem Stand sei das Geld fest zugesagt. Es sei nicht an die Nutzung innerhalb einer vorgegebenen Frist geknüpft.

Ausschussmitglied Weber stellt die Frage an die Verwaltung, ob die von der Gemeinde übernommenen Anliegerkosten sich auf die komplette Planung beziehen oder auf die Summe.

Bürgermeister Gottheil antwortet, es seien diverse erste Maßnahmen durchgeführt worden. Im Vorfeld habe es ein interfraktionelles Gespräch unter Beteiligung des Hauptdezernenten Andreas Grotendorst gegeben. Dieser habe die Problematik und Thematik aufgezeigt, welche Optionen bestehen würden, wenn der gemeindliche Anteil erhöht werde. Selbst habe man diese Thematik im Vorstand der Flurbereinigung vorgetragen. Von dort sei die Schwerpunktsetzung für die verwaltungsseitig vorgesehenen baulichen Maßnahmen mitgetragen worden. Bürgermeister Gottheil schlägt folgende Vorgehensweise vor: Man habe heute Abend einen Sachstandsbericht abgeben wollen und keine Beratung über die Bereitstellung des Eigenanteils zu führen, sondern man werde in der nächsten Ratssitzung den Haushaltsentwurf einbringen und im Zuge der Haushaltsberatungen auch hierüber beraten.

Ausschussmitglied Weber erkundigt sich, was die Gesamtmaßnahme, wie sie geplant gewesen sei, kosten werde.

Herr Hartmann antwortet, die ursprüngliche Maßnahme habe mit den Fördermitteln, die ihnen bereitgestellt worden seien, übereingestimmt. 1,836 Millionen Euro seien für die ursprüngliche Maßnahme angesetzt gewesen.

Bürgermeister Gottheil erklärt, die Preisentwicklung sei schwer zu kalkulieren gewesen.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann fragt, ob es einen Ausbaustandard beim Ausbau der Wirtschaftswege hinsichtlich landwirtschaftlicher Maschinen gebe.

Herr Hartmann antwortet, dafür gebe es die Richtlinien für den landwirtschaftlichen Wegebau, welche die Grundlage bilden. Ziel sei es, möglichst sinnvoll zu bauen.

Ausschussmitglied Abbenhaus gibt an, die erstellten Wege im Zuge der Errichtung von Windenergieanlagen würden sehr breit ausgebaut und seien somit hinterher eine gute Grundlage für den Wegebau. Er stellt die Frage, ob die Rückbauverpflichtung aus den Verträgen herausgenommen werden könne, dass der Schotter liegen gelassen werde.

Herr Hartmann antwortet, dies sei momentan die Planung.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann bedankt sich bei Herrn Hartmann für die Ausführungen und verabschiedet ihn.

- 7 **67. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung eines Sondergebiets zur „Nutzung solarer Strahlungsenergie - Photovoltaik-Freiflächenanlage“ im Ortsteil Holtwick**
Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB
Vorlage: X/445

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann verweist auf die Sitzungsvorlage X/445 und erläutert diese.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Im Anschluss fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Im Rahmen der 67. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung eines Sondergebiets mit der Zweckbestimmung „Nutzung solarer Strahlungsenergie - Photovoltaik-Freiflächenanlage“ im Ortsteil Holtwick wird eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufgrund des in **Anlage I** beigefügten Planentwurfs mit Begründung durchgeführt.

Ebenso werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB über die Planung unterrichtet sowie diese mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8 **62. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung einer "Fläche für Gemeinbedarf" mit der Zweckbestimmung "Feuerwehr/Rettungswache" im Ortsteil Holtwick**
Eingegangene Stellungnahmen
Feststellungsbeschluss
Vorlage: X/438

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann verweist auf die Sitzungsvorlage X/438 und erläutert diese.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Im Anschluss fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Den in den Anlagen **VII und XII** beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in **Anlagen V und X** beigefügten Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken beinhalten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen zum Verfahren vorgetragen wurden.

Der als **Anlage XVII** zur Sitzungsvorlage Nr. X/438 beigefügte Plan mit Begründung

einschließlich Umweltbericht zur 62. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung einer "Fläche für Gemeinbedarf" mit der Zweckbestimmung "Feuerwehr/Rettungswache" im Ortsteil Holtwick wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig 1 Enthaltung

9 Aufstellung des Bebauungsplanes "Feuerwache südlich Am Holtkebach" im Ortsteil Holtwick
Eingegangene Stellungnahmen
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: X/437

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann verweist auf die Sitzungsvorlage X/437 und erläutert diese.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Im Anschluss fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Den in den **Anlagen I und XVI** beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in **Anlage XV und XXI** beigefügten Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken beinhalten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch von Privatpersonen keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.

Der als **Anlage XXVI** zur Sitzungsvorlage Nr. X/437 beigefügte Plan zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Feuerwache südlich am Holtkebach“ im Ortsteil Holtwick mit Begründung einschließlich Umweltbericht wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig 1 Enthaltung

10 Standorte für Wohncontainerlösungen für geflüchtete Menschen in der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: X/443

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Feldmann verweist auf die Sitzungsvorlage X/443 und erläutert diese.

Bürgermeister Gottheil ergreift das Wort. Er erläutert die derzeitige Flüchtlingssituation und den daraus resultierenden Handlungsbedarf, auch mobile Wohncontainerlösungen umsetzen zu müssen, weil nicht genügend Wohnraum zur Verfügung stehe.

Ausschussmitglied Abbenhaus erklärt, seine Fraktion spreche der Verwaltung ein Lob dafür aus, wie viele Flüchtlinge bisher erfolgreich dezentral untergebracht worden seien. An der Containerlösung führe kein Weg mehr vorbei. Das Problem sehe man allerdings bei der Menge der unterschiedlichen Nationalitäten. Seine Fraktion habe sich als 1. Standort für die Variante Eichenkamp ausgesprochen. Dies sei die beste Lösung ihrer Meinung nach. Als zweite Variante komme für die Fraktion die

Variante 4 in Darfeld in Frage.

Ausschussmitglied Mensing gibt an, seine Fraktion habe sich auch Gedanken gemacht und habe sich für Variante 3 als ersten Standort entschieden. Falls dieser Standort nicht ausreiche, sei Variante 2, allerdings nur die kleine Lösung mit einer Unterbringung von bis zu 28 Personen im vorderen Bereich des Grundstücks, noch eine zusätzliche Option.

Ausschussmitglied Weber stimmt der CDU Fraktion mit dem Lob an die Verwaltung zu. Er führt aus, es komme eine neue Situation auf die Verwaltung zu. Junge alleinreisende Männer kämen verstärkt ins Dorf. Man müsse sich die Frage stellen, was begleitend passiere und wie man die Menschen betreuen wolle. Außerdem sei eine Frage, wie sich die Polizeipräsenz darstellen werde. Er gibt an, seine Fraktion habe beschlossen, heute Abend keine Entscheidung zu treffen.

Bürgermeister Gottheil erläutert, man habe es bisher so geregelt, das Personal des Bauhofs ein Stück weit umzufunktionieren, da 70 Unterkünfte auch betreut werden wollen. Man habe Menschen auch schon öfter umziehen lassen müssen. Es werde versucht, ein Auge darauf zu haben, wer mit wem harmoniere und friedlich zusammenleben könne. Man wisse, dass nicht alle Nationalitäten gut miteinander auskommen. Aufsicht müsse ein Stück weit durch Hausmeister vor Ort gewährleistet sein. Eine andere vorübergehende Option sei das Josefhaus Seppenrade, in dem zurzeit knapp 200 Menschen untergebracht worden seien. Diese Möglichkeit der Unterbringung bestehe allerdings nur bis Ende März 2024, danach noch mit einer Verlängerungsoption im besten Fall bis Juni 2024.

Fachbereichsleiter Croner führt aus, dass die Polizei von der Verwaltung immer Unterkünfte gemeldet bekomme, in denen Flüchtlinge untergebracht seien. Man habe somit gemeindliche Übergangsheime und weitere Unterkünfte im Blick, sodass dort regelmäßig Kontrollen erfolgen könnten. In Rosendahl habe man seit etwa 2016 eine Vollzeitstelle für die Flüchtlingsbetreuung. Er erläutert weiter die aktuelle Situation. Teilweise könne das zusammen mit dem Kreis Coesfeld und den übrigen Kreiskommunen eingerichtete Case-Management die Aufgabe des „Sich kümmern“ für den Personenkreis übernehmen. Hier gehe es vor allem um die Qualifizierung der Menschen sowie die Vermittlung in eine Berufstätigkeit.

Bürgermeister Gottheil erklärt, man bekomme aktuell fast ausschließlich Zuweisungen von alleinreisenden Männer. Wenn diese eine Anerkennung bekämen, hätten sie die Möglichkeit, ihre Familienangehörigen (Ehepartner/in und Kinder) nachzuholen. Dies mache häufig wieder einen Umzug notwendig und führe zu immer wieder neuen Herausforderungen für die Gemeinde. Es bestehe für die Gemeinde Rosendahl nach den aktuell veröffentlichten Flüchtlingsaufnahmequoten des Landes NRW eine Aufnahmeverpflichtung von 100 Menschen.

Zu der Lösung Eichenkamp gebe es zwei Varianten, die er im nichtöffentlichen Teil ansprechen möchte.

Ausschussmitglied Meinert erklärt, mit einer finalen Entscheidung tue sich seine SPD-Fraktion schwer. Er schließt sich den Vorrednern an mit dem Lob an die Verwaltung. Seine Fraktion sei der Ansicht, dass Variante 3 die beste Lösung sei und gegebenenfalls noch die Variante 5 in Frage komme. Er fragt, ob das die einzigen gemeindlichen Flächen seien, die seitens der Verwaltung in Frage kämen.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dies seien die diskutierbaren Lösungen, ansonsten habe man nichts Vernünftiges. Wichtig sei auch, dass die Lösungen für 7 bis 10 Jahre gelten sollen, weil man aus Wirtschaftlichkeitsgründen einen Kauf und keine Anmietung von mobilen Wohnraumlösungen anstrebe.

Ausschussmitglied Gerwing gibt an, wenn neu angedachte Gewerbegebiete in Osterwick und Holtwick nicht zur Verfügung stünden, müsse man ja auch Variante 7 herausnehmen, da dort auch neue Wohnbaugebiete geplant seien. Auch Variante 6 werde zu Problemen führen.

Ausschussmitglied Abbenhaus fragt, wie viele Personen momentan im Übergangswohnheim in Osterwick (Holtwicker Straße 4/6) leben und wie es sich dort verhalten würde, wenn dort noch mal 80 Personen dazu kämen.

Fachbereichsleiter Croner antwortet, im Übergangswohnheim in Osterwick wohnten momentan 40 Personen. Wenn weitere 28 dazu kämen, dann komme man auf 68 bei 70 Personen, was eventuell noch tragbar sei für diesen Standort.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, man müsse sich Gedanken machen bis zur nächsten Ratssitzung. Die vorläufige Reihenfolge, die er herausgehört habe, sei diese:

1. Variante Gewerbegebiet 3
2. Variante Bahnhof 4
3. Variante Holtwicker Straße.

Ausschussmitglied Meinert teilt mit, wenn es in dieser Reihenfolge zur Abstimmung komme, dann werde seine Fraktion mit Blick auf den Standort Holtwicker Straße nicht zustimmen.

Ausschussmitglied Weber berichtet, das Grundstück in Darfeld sei doch ein Gewerbegrundstück, für das es einen Interessenten gebe.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dass der Interessent diese Fläche nicht kaufen wollte. Vielmehr beziehe sich dessen Kaufinteresse auf das direkt angrenzende Nachbarflurstück.

Ausschussmitglied Weber stellt den Antrag, heute keine Entscheidung zu treffen.

Ausschussmitglied Mensing teilt mit, seine Fraktion könne dem Antrag der Grünen soweit zustimmen, da man nicht wisse, was im nichtöffentlichen Teil noch für Informationen kommen.

Über den Antrag der Fraktion die Grünen, dass eine Entscheidung vertagt werde, wird **abgestimmt**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11 Mitteilungen

Es gibt keinen Mitteilungsbedarf.

12 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

12.1 Fragen zu den Wohncontainern - Herr Knapp, Herr Kern, Herr Hovestadt, Herr Richter

Herr Knapp schlägt auf Grund der Diskussion über die Rangfolge der Standorte für die Wohncontainer die Erstellung eines Kriterienkatalogs vor und fragt, ob es möglich sei, diesen Vorschlag umzusetzen.

Bürgermeister Gottheil antwortet, man nehme den Auftrag mit und werde darüber nachdenken.

Herr Kern fragt, ob bei den ca. 100 Personen, die kommen, der Ersatzneubau Billerbecker Straße 5 mit den 30 Personen schon integriert sei.

Bürgermeister Gottheil antwortet, dass in diesem Projekt zurzeit noch 6 Personen im Erdgeschoss wohnten. Der Bauantrag für dieses Projekt sei gestellt. Wenn die Baugenehmigung da sei, werde der Abriss vorgenommen. Bis dieses Objekt bezugsfertig sei, würden aber noch ca. 15 Monate vergehen. Da man zukünftige Zuweisungen nur schwer prognostizieren könne, sei keine eindeutige Antwort möglich. Zurzeit werde verwaltungsseitig davon ausgegangen, dass neben dem Ersatzneubau Billerbecker Straße 5 zwei 60er Wohncontaineranlagen benötigt würden. Selbst wenn nicht alle Plätze in der mobilen Wohnraumlösung sofort belegt seien, sei es durchaus ratsam, ein paar Reserveplätze vorzuhalten.

Herr Croner fügt hinzu, der zusätzliche Wohnraum an der Billerbecker Straße werde auf jeden Fall benötigt. Einen „Puffer“ zu haben, sei wichtig.

Herr Hovestadt schließt sich dem Vorschlag von Herrn Knapp an, einen Kriterienkatalog zu erstellen. Außerdem stellt er die Frage, ob dieser Grundriss auf dem Grundstück schon verortet werden könne, wie er auf der Ansicht dargestellt sei und er fragt weiterhin, ob auch darüber nachgedacht worden sei, wie das Grundstück erschlossen werden könne.

Bürgermeister Gottheil antwortet, es sei im Groben geprüft worden, dass es mit möglichst geringem Aufwand möglich sei, den Standort im Baugebiet „Haus Holtwick“ umzusetzen. Genaue Prüfungen müssten noch vorgenommen werden, wenn konkrete Standorte bekannt seien, sowie auch die Größen.

Die aktuelle Zeitschiene sehe eine Umsetzung der ersten Containeranlage etwa bis Ostern 2024 vor.

Christoph Richter fragt, wieso man dieses Thema der Wohncontainer aus der Zeitung oder aus sonstigen sozialen Medien erfahren musste.

Bürgermeister Gottheil antwortet, es seien zunächst völlig wertfrei von der Verwaltung Standortvarianten aufgezeigt worden. Es sollten vorab nicht an mehreren möglichen Standorten große Versammlungen durchgeführt werden und es sollte auch keine Versammlung in der Turnhalle stattfinden. Das Thema habe öffentlich auf der Tagesordnung gestanden und jeder der wollte, konnte der Diskussion beiwohnen.

Herr Hovestadt bittet darum, über das Konzept nachzudenken, dass vielleicht doch eine zentrierte Lösung gefunden werde und dass man auch in Holtwick noch einmal auf die Suche gehe nach möglichen Grundstücken. Zum Beispiel das Grundstück der ehemaligen Bäckerei Eihsing im Ortskern falle ihm in diesem Zusammenhang ein. Ein Ziel solle es auf jeden Fall sein, dass Spiel- und Bolzplätze erhalten bleiben.

13 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO (2.Teil)

13.1 Einladung der Einwohner*innen zu den nächsten öffentlichen Sitzungen - Herr Meinert

Ausschussmitglied Meinert richtet das Wort an die Einwohner*innen und lädt sie herzlich dazu ein, auch an den nächsten öffentlichen Sitzungen teilzunehmen, da immer interessante Themen beraten werden, die die Bevölkerung betreffen.

Heinrich Feldmann
Ausschussvorsitzender

Diana Schöberle
Schriftführer